

Antrag

der Abg. Klubobfrau Hangöbl BEd und Walter BA MA betreffend einen Unterstützungsfonds für
Frauen in finanziellen Notlagen

Anlässlich der Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ wird auch von der Salzburger Landesregierung auf die oft prekäre sozialrechtliche Situation von Frauen verwiesen. Wenn sie über keine finanziellen Mittel für einen Umzug verfügen, sind sie gezwungen, länger in ungesunden Beziehungen zu verharren. Die Kinder sind dieser Situation ausgeliefert. Wenn die Frauen es schaffen, eine verfügbare und für sie leistbare Wohnung zu finden, wird ihre Lage zwar eventuell weniger gefährlich, finanziell haben sie es aber wesentlich schwerer über die Runden zu kommen, als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Alleinerziehende stoßen auch, was ihre Ressourcen betrifft, an Grenzen. Sie müssen alleine das leisten, was normalerweise von zwei Partner:innen gemacht wird. Staatliche Unterstützung gibt es kaum. Schon vor Corona war ihr Alltag eine komplexe Maschine mit tausenden Zahnrädern, die ineinander greifen müssen, um zu funktionieren. Planung und Zeitmanagement sind alles, wenn man beide Elternteile zugleich spielen muss. Dass das nicht spurlos an den Müttern vorbei geht, bemerken auch ihre Kinder. Sie brennen schneller aus und werden eher krank. Urlaub oder Krankenstand gibt es für Alleinerzieherinnen nicht.

Die Ergebnisse der aktuell erschienen Caritas-Studie „Krisenfolgen und die soziale Lage von Frauen“ sprechen eine deutliche Sprache: Für 42 % der alleinerziehenden Frauen sind die Wohnkosten sehr belastend, 48 % können sich keinen Urlaub leisten, 52 % können keine unerwarteten Ausgaben in der Höhe von € 1.390,- bezahlen und müssen daher Schulden machen, 24 % können ihre Rechnungen nicht pünktlich bezahlen, 32 % der Alleinerzieherinnen haben Probleme mit dem Auskommen ihrer Einnahmen (im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung: 13 %). Neben Alleinerzieherinnen sind auch Kinder zwischen 0 und 17 Jahren, Familien mit mindestens drei Kindern und Haushalte mit Frauen als Hauptverdienerinnen besonders von den Krisen der letzten Jahre betroffen.

Zur langfristigen Prävention von Frauenarmut leitet die Caritas aus den Ergebnissen der Studie folgende Forderungen ab: Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung und Schulformen, ein zweites verpflichtendes und gebührenfreies Kindergartenjahr, Ausbau von Ganztagschulen und kostenfreien Freizeitangebote sowie eine Ausbildungsoffensive für elementarpädagogische Fachkräfte, stärkere Anreize und den Ausbau bei der Karenzregelung und dem Kinderbetreuungsgeld, damit die Kinderbetreuung besser zwischen den Geschlechtern verteilt wird.

Im Bereich Arbeit fordert die Salzburger Caritas eine Verbesserung der Bezahlung in von Frauen dominierten Care-Arbeits-Branchen. Das Sozialsystem ist auf ein männliches Erwerbsmodell ausgerichtet, ausgehend von einer durchgehenden Vollzeitwerbstätigkeit. Es braucht hier eine gerechtere Verteilung, faire Bewertung der Sorgearbeit und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen. Diese Forderungen sind bereits bekannt, der politische Wille, sie umzusetzen, fehlt allerdings. Deshalb braucht es akut existenzsichernde Maßnahmen, die Frauen in Notlagen unterstützen und unser Sozialsystem geschlechtergerecht machen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen landesweiten Unterstützungsfonds zu starten, um Frauen in einer akuten finanziellen Notlage zu unterstützen, ihre prekäre Situation zu verbessern und für ein geschlechtergerechtes Sozialsystem zu sorgen.
2. Allfällige daraus resultierende Kosten sind in der aktuellen Budgetplanung vorzusehen und bis dahin durch den Einsatz von Verstärkermitteln zu bedecken.

Dieser Antrag wird dem Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 18. Dezember 2024

Hangöbl BEd eh.

Walter BA MA eh.